

Zeitschrift: Wohnen
Band: 20 (1945)
Heft: 9

Artikel: Die Genossenschaft "BAU-WERK" Winterthur
Autor: Gts.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Kinder oft mit Eltern und Großeltern zusammen schlafen. Die meisten Familien des Arbeiterstandes wohnen zu teuer im Verhältnis zum Verdienst. Das beste Zimmer wird dann ausgemietet und die Küche wird zum allgemeinen Wohnraum. *Göbau*: In den meisten Familien mit mehreren Kindern schlafen zwei Kinder im gleichen Bett. *Grenchen*: Etwa ein Viertel der Kinder schläft zu zweit. 50 Familien müssen wegen der teuren Mietzinse untervermieten und wohnen zu eng. *Hochdorf*: In kinderreichen Familien schlafen die Kinder überall zu zweit. *Luzern*: In 30 Prozent der Arbeiterfamilien sind zu wenig Betten vorhanden. *Mogelsberg*: Bei großen Familien müssen die Kinder zusammen schlafen. *Montlingen*: Es gibt Familien, die für 8—12 Kinder zwei, oder, wenn es gut geht, drei bis vier Kammern besitzen, so daß die nötigen Betten keinen Platz hätten. Man müßte zuerst an- oder aufbauen. *Mosnang*: In schätzungsweise 100 Familien sind zu

wenig Betten vorhanden. In mehr oder weniger bedürftigen Wohnräumen, eng und mangelhaft im Zustand, wohnen wohl 100 Familien. *Rapperswil* (St. Gallen): In Arbeiterfamilien mit vielen Kindern sind durchweg zu wenig Betten. *Rebstein*: Zu zweit schlafen die Kinder in allen Familien mit mehr als vier Kindern. *Schwyz*: Bei einem Fünftel der Familien schlafen die Kinder zusammen. *Unterägeri*: In wohl über 90 Prozent der Fälle schlafen Kinder zu zweit. In etwa 400 Haushaltungen mit durchschnittlich vier Kindern fehlen 800 Betten, die aber in den engen Wohnungen vielfach keinen Platz hätten.

Die Schweiz, die vom Kriege verschont geblieben ist und deshalb nicht wie die am Krieg beteiligten Länder viele Millionen von Häusern wieder aufzubauen hat, hat die doppelte Pflicht, auf dem Gebiete des Wohnungswesens volle Remedur zu schaffen!

Aus „Stimme der Arbeit“, Juni 1945, Heft 6

Die Genossenschaft «BAU-WERK» Winterthur

In den letzten Jahren zeigte sich immer mehr, daß die Offerten der Unternehmer zu ausgeschriebenen Bauarbeiten in den Berufsgruppen alle gleich oder fast gleich lauteten. Die Unternehmer sind in Verbänden organisiert, «sitzen» zusammen und «rechnen» zusammen. Nur vereinzelte Außenseiter gehen mit ihren Offerten «unten hinein». Was sind dies aber für Firmen? Die Erfahrung lehrt, daß es im allgemeinen wenig leistungsfähige Unternehmen sind, die auf Kosten der Arbeitsbedingungen auf die Preise drücken. Sie bieten oft keine Garantie für solide Arbeit, und man ist manchmal im Zweifel, ob sie nach Ablauf der Garantiefristen überhaupt noch bestehen werden. Es kommt auch vor, daß Firmen, die technisch sehr gut eingerichtet und von ausgezeichneten Fachleuten geleitet sind, nicht dem Verbandsangehörigen, weil sie sich in den Preisen nicht nach weniger leistungsfähigen Betrieben richten wollen.

Unter diesen Umständen ist es für die Verwaltung einer Baugenossenschaft sehr schwer, die Offerten richtig zu beurteilen. Namentlich, wenn sie erfahren hat, daß einzelne Verbandsmitglieder erklären, sie könnten unter der Hand schon noch ein Abgebot machen oder einen Spezialrabatt einräumen oder eine Rückvergütung gewähren, nur dürfe niemand etwas davon erfahren. In einigen Gewerben setzt man auch zum vornherein einen gewissen Prozentsatz für ein späteres Abgebot in die Kalkulation ein, abgesehen von den Serienabgeboten.

Eine seriöse Baugenossenschaft wird auf unsaubere Vorschläge von Verbandsmitgliedern nicht eintreten. Für sie ist es durchaus klar, daß sich auch die Gewerbetreibenden organisieren müssen, um sich gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen, die berufliche Tüchtigkeit des Standes zu heben, gemeinsam einzukaufen, gemeinsam für ihre Produkte zu werben. Auch die Arbeiter genießen den Vorteil der Unternehmerorganisationen, wenn diese Schmutzkonkurrenz auf Kosten der Arbeitsbedingungen bekämpfen.

Wenn aber die Offerten, soweit sie für die Genossenschaft in Betracht fallen, bis auf den Fünfer gleich lauten, so können die Arbeiten nicht auf Grund einer Konkurrenz vergeben werden. Man kann wohl mit dem Verband über ein Abgebot verhandeln. Aber wie will man beurteilen, ob das offerierte Abgebot angemessen ist, ob nicht der Verband seine Monopolstellung dazu benützt, unangebrachte Gewinne zu erzielen? Kontrollofferten von auswärtigen Firmen sind mit den gleichen oder höheren Normen gerechnet. «Eine Krähe

hackt der anderen die Augen nicht aus!» heißt es dann unter den Vorstandsmitgliedern der Genossenschaft. Meist käme ja auch eine Vergebung nach auswärts gar nicht in Frage, weil die lokalen Behörden an die Gewährung der Subventionen die Bedingung knüpfen, daß die Arbeiten wo immer möglich auf dem Platze vergeben werden müssen. (Wie weit dies mit den Subventionsbestimmungen des Bundes vereinbar ist, ist eine Frage für sich.)

Um bei dieser Sachlage die Interessen ihrer Mitglieder wahren zu können, müßten die Baugenossenschaften Einsicht in die Kalkulation der Gewerbetreibenden haben und sie auf ihre Richtigkeit prüfen können. Und wenn ein Verband übertriebene Preise fordert, so müßte die Arbeit anderweitig vergeben werden können.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat das «Intergenossenschaftliche Komitee des Bezirkes Winterthur», dem alle größeren Konsumentengenossenschaften des Bezirkes angehören, im vergangenen Winter beschlossen, eine Einkaufs- und Produktivgenossenschaft zu gründen, die prinzipiell auf allen Gebieten des Baugewerbes tätig sein kann. Und im Januar dieses Jahres schon wurde das «BAU-WERK» aus der Taufe gehoben. Zweck und Mittel sind im § 2 der Statuten festgelegt, der lautet:

«Das BAU-WERK Winterthur hat den Zweck, die allgemeinen baulichen Aufgaben seiner Mitglieder soweit als möglich auszuführen;

die Wohnbedürfnisse der Mitglieder der ihm angeschlossenen Organisationen sowie von Privaten unter möglichst vorteilhaften Bedingungen zu befriedigen;

die Wohnkultur im allgemeinen zu fördern.

Die Genossenschaft sucht diesen Zweck zu erreichen:

durch Gründung oder Kauf und Führung von genossenschaftlichen Unternehmungen des Baugewerbes und Beteiligung an Privatbetrieben;

durch die Unterstützung aller auf die Hebung der Wohnkultur für die breiten Schichten der Bevölkerung gerichteten Bestrebungen;

durch die Förderung der Bestrebungen der Konsumenten, durch das Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe deren Wohlfahrt zu heben;

durch Verbindung und Zusammenarbeit mit zweckverwandten Organisationen.»

Die Mitgliedschaft kann nur von Genossenschaften der Konsumenten und von Gewerkschaften erworben werden. Einzelpersonen können nicht Mitglied werden.

Das BAU-WERK ist also keine Produktivgenossenschaft im üblichen Sinne. Nicht die Arbeiter des Betriebes sind die Mitglieder, sondern die Organisationen der Konsumenten, ähnlich wie bei den Eigenproduktionsbetrieben der Konsumvereine. Die Produktion soll auf der Grundlage des «organisierten Konsums» erfolgen. Der Zweck ist nicht in erster Linie, Arbeit unter günstigsten Bedingungen für einen beschränkten Kreis von Arbeitern zu beschaffen. Selbstverständlich wird auch das BAU-WERK seinen Angestellten und Arbeitern möglichst vorteilhafte Arbeitsbedingungen gewähren, aber die Genossenschaft ist vor allem eine Organisation der Konsumenten für die Konsumenten. Man wollte damit Schwierigkeiten aus dem Wege gehen, an denen viele Produktivgenossenschaften zugrunde gegangen sind, und die von anderen, heute florierenden Produktionsgenossenschaften zuerst mit großer Mühe überwunden werden mußten.

Die Zweckbestimmung ist sehr weit gehalten, damit die Genossenschaft ohne Statutenänderungen ausgebaut werden kann. Vorerst besteht jedoch erst ein Kaminfege- und Dachdeckereibetrieb. Er erfreut sich bereits nicht nur bei den Ge-

nossenschaften, sondern auch bei den Privaten einer guten Kundschaft. Um Mißverständnissen vorzubeugen, müssen wir sagen, daß uns nicht die Verhältnisse im Dachdeckergewerbe, sondern diejenigen in der Kaminfege- zur Eröffnung dieses Betriebes veranlaßten. Nach unseren örtlichen Verhältnissen gehört jedoch zu einer Kaminfege- auch eine Dachdeckerei, da eine Kaminfege- nur saisonmäßig beschäftigt ist.

Von Unternehmerseite wurde halb mit Humor, halb im Ernst erklärt: «Wir haben eine staatliche Preiskontrolle. Wir haben eine Preiskontrolle durch die Genossenschaften. Wir haben es herrlich weit gebracht!» Uns scheint, die Preiskontrolle durch den Staat sei sehr fraglich, und niemand wisse, wie lange sie noch bestehen werde. Wir gehen sicherer, wenn wir die Preise selbst kontrollieren.

Daß sich auch die Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter lebhaft für das «BAU-WERK» interessieren, ist begreiflich, gibt es doch auch ihr die Möglichkeit, zu kontrollieren, welche gewerkschaftlichen Forderungen für das Gewerbe tragbar sind. Außerdem ist das Bestehen ausgesprochen arbeiterfreundlicher Firmen für sie von großem Wert. *Gts.*

Unsere Energieversorgung im nächsten Winter

Der Krieg in Europa ist zu Ende, und nun, da der Waffenlärm verstummt und eine gewaltige Spannung gewichen ist, wird man sich so recht bewußt, wie schlecht wir in Europa dran sind. Besonders für uns Schweizer war es eine Enttäuschung, als wir erleben mußten, wie an Stelle der sehnlichst erwarteten Erleichterungen in der Versorgung unseres Landes neue und unerwartete Schwierigkeiten auftauchten. So befinden wir uns heute in mancher Hinsicht vor größeren Schwierigkeiten als je während des Krieges. Wir wollen hier nun weder von der knappen Nahrungsmittelversorgung noch von der immer mehr gefährdeten Rohstoffversorgung unserer Produktion sprechen, sondern nur unsere Energieversorgung betrachten.

In dieser Beziehung sieht es für den kommenden Winter nicht sehr gut aus, und wir tun gut daran, uns auf allerhand gefaßt zu machen. Was die Raumheizung anbetrifft, kennen wir die wenig erfreulichen Aussichten. Die Zuteilungen der kleinen Häuflein Brennmaterials sind erfolgt. Die Gasversorgung wird kaum besser, sondern viel eher im Herbst und Winter noch ungenügender werden. Die Aussichten für den kommenden Winter sind also schlecht. Eine Rettung aus diesem Energiemangel durch bedeutende Kohlenlieferungen aus dem Ausland dürfte selbst dem größten Optimisten höchst unwahrscheinlich vorkommen. Trotzdem kann man immer wieder Stimmen hören, die voll Zuversicht in nächster Zeit eine reichliche Kohlenzufuhr und damit das Ende aller Energienöte voraussehen. Betrachten wir einmal die Lage. Da ist zuerst die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Kohlenversorgung aller europäischen Länder vollkommen unzureichend ist, selbst wenn aus den vorhandenen Gruben ein Maximum herausgeholt wird. Wie schlecht die Kohlenlage überhaupt ist, beweist die Tatsache, daß selbst England als kohlenreiches Land knapp an diesem schwarzen Gold ist. Abgesehen aber auch von dem ungeheuren Bedarf der vollständig von allen Mitteln entblößten Länder in Europa, stehen die Transportmittel nicht zur Verfügung, um Kohle, auch wenn sie vorhanden wäre, zu verteilen. Solange es sogar im besetzten Westeuropa unmöglich ist, Kohle zu verteilen, werden wir wohl kaum große Lieferungen erhalten können.

Vor dem Winter 1946/47 ist also nicht mit einer nennenswerten Entspannung der Kohlenlage zu rechnen.

Bleibt für uns die Elektrizität aus Wasserkraft. Wie stehen hier die Möglichkeiten und Aussichten für den nächsten Winter? Das einzige, was mit Sicherheit vorausgesagt werden kann, ist, daß die Anforderungen an die Elektrizitätsversorgung im kommenden Winter noch größer sein werden als bisher. Einmal wird die Gasrationierung, die den Sommer über leicht zu ertragen war, im Winter in ihrer ganzen Schärfe zur Auswirkung kommen. Überdies wird manche Haushaltung die Unzulänglichkeit von Behelfsکوcheinrichtungen erst im Herbst einsehen. Alles das wird dazu führen, daß noch mehr Elektrizität benötigt werden wird. Wird dieser gewaltige Bedarf gedeckt werden können? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich vor Augen halten, daß im Winter 1944/45 der Elektrizitätsverbrauch gegen 1938/39 doppelt so groß war. Im letzten Winter konnte diese gewaltige Elektrizitätsmenge nur beschafft werden, weil erstens die Wasserführung außerordentlich günstig war, und zweitens der Export elektrischer Energie im Verlaufe des letzten Winters immer mehr eingeschränkt werden konnte.

Wie werden diese Verhältnisse nächsten Winter sein? Wenn wir nur eine mittlere Wasserführung haben werden, so wird uns schon eine um 15—20 Prozent geringere Elektrizitätsmenge zur Verfügung stehen. Das würde bereits Einschränkungen bedingen, Einschränkungen, die vollends ganz einschneidend werden müßten, wenn der Winter eine unterdurchschnittliche Wasserführung bringen würde. Die Frage, ob genügend Elektrizität zur Verfügung stehen wird, hängt also weitgehend von Petrus ab. Ohne Kohle, ohne genügend Gas und ohne ausreichende Elektrizitätsversorgung wird jenen, die von jeher gegen den Kraftwerkbau gehetzt haben, vielleicht ein Licht aufgehen.

Oft wurde den Elektrizitätswerken vorgeworfen, ihr Argument der Unabhängigkeit vom Ausland, das sie für unsere Elektrizität geltend machen, werde niemals praktische Bedeutung erhalten. Heute ist es nun so weit. Hoffen wir, daß wir möglichst gut durchkommen, und ziehen wir daraus die Lehre, den Kampf gegen den Kraftwerkbau zu unterlassen.

„Elektrokorrespondenz“